

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- u. Bade-Anstalten, Massage- u. Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern usw.
Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57,
Winterfeldtstr. 24.
Fernsprecher: Amt Lühow, 6488.
Redakteur: Emil Dittmer.

Berlin,
den 5. Januar 1912.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ viertel-
jährlich durch die Post (ohne Beistellgeld) 2,— M.
Postzeitungs-Liste Nr. 3164

Dem neuen Jahr entgegen!

Wieder ist ein Jahr verstrichen im Strom des dahinflutenden Lebens und wie sich der einzelne wohl Rechenschaft ablegt zu gewissen Zeiten, so mag auch unsere Sektion einen Augenblick rückwärts schauen, um zu prüfen, was das alte Jahr gebracht, das neue Jahr verheißt.

Unser Appell im Januar 1910 konnte auf das 10jährige Bestehen und Wirken der „Sanitätswarte“ hinweisen. Ein schnelleres Tempo in unserem Vordringen war damals unsere Parole. Und wenn wir das Gesamtergebnis gleich vorweg nehmen sollen, so mag hier gesagt sein:

Das Jahr 1911 zeitigte gute Ansätze zu rüstigem Fortschritt in unserer Sektion. Der „tote Punkt“ darf als überwunden angesehen werden und der Verlauf und die Nachwirkung unserer 2. Konferenz kann als außerordentlich förderlich für unsere Bewegung bezeichnet werden.

Im letzten Jahrgang ist ein zusammenfassendes Bild der Lage aller einzelnen Berufsgruppen des Krankenpflegepersonals gegeben worden, das in etwas veränderter Form als Broschüre erschienen ist und auch für die nächste Zeit noch zur Kleinagitation Verwendung finden kann. Somit erübrigt es sich heute, die tausendfältigen Schmerzen, die uns bedrücken, erneut hier vorzuführen. Immer wieder aber müssen wir die Forderung an unsere Kollegen und Kolleginnen erneuern: Seid mehr wie bisher Mitarbeiter am Organisationswerk!

Das Jahr 1911 brachte uns mancherlei Zuwachs, darunter nicht wenige aus gegnerischem Lager. Gerade sie werden bald erkannt haben, wie unterschiedlich unsere Organisationsarbeit von derjenigen anderer Verbände ist. Weder auf Personen, noch auf Audienzen, Konferenzen mit Direktionen und dergleichen legen wir den entscheidenden Wert. Nicht daß wir solche Dinge für ganz überflüssig hielten, aber sie dürfen nicht überwuchern gegenüber der sonstigen Tätigkeit einer Organisation. Und unser Arbeitsgebiet weist uns nach zwei Richtungen: Einmal genügende Vorkarbeit bei den Kollegen und Kolleginnen selbst, daß sie ihre Solidarität, ihr Zusammengehörigkeitsgefühl systematisch pflegen. Zum andern in den planmäßig einsehenden Aktionen unseres Verbandes zur Verbesserung der jeweiligen Anstaltsverhältnisse. Je stärker das erstere entwickelt, um so erfolgversprechender wird unsere Aktion sein können! Diese Einsichtswahrheit ist noch immer nicht so begriffen, wie wir das von jedem Mitglied unbedingt fordern müssen.

Mit Stolz können wir auf die muster-gültige Heerschau aus Anlaß unserer zweiten Konferenz zurückblicken. Auf lange Zeit hinaus ist den Kollegen und Kolleginnen aller Einzelkategorien eine Fülle von Material unterbreitet, das ausgiebige Verwendung in Agitation und bei Forderungen finden kann. Aber es würde uns schlecht ansehn, wollten

wir auf diesen geleisteten Vorkarbeiten ausruhen. Denn nur Vorkarbeiten konnten auf der Berliner Konferenz geschaffen werden. Die eigentliche Verwertung und Bewertung kann erst durch emsigere Kleinagitation geleistet werden. Noch ist die Zahl der Fluktuierenden, der Unbeständigen und — Unzuverlässigen viel zu groß, als daß wir uns in ruhiger Freude dem Errungenen hingeben könnten. Besonders unsere weiblichen Mitglieder lassen nur zu oft die notwendige Treue zur Organisation vermissen und bedürfen oft genug der wiederholten Mahnung, ihren Organisationspflichten nachzukommen.

Auch die Bereitwilligkeit, Vertrauensämter anzunehmen, und sie voll auszufüllen, findet noch mancherlei Schwierigkeiten bei männlichen wie weiblichen Mitgliedern. Vor allem aber erfordert die freie Gewerkschaft, daß jeder einzelne unserer Mitglieder nun auch bemüht ist, in der Arbeit kollegial zusammenzuhalten und den Vorgesetzten gegenüber — bei aller Anerkennung der Disziplin — doch nicht gleich gar zu sehr ins Maulloch zu kriechen. Wir sollen uns einwandfrei in allem halten, unsere Dienstpflicht willig und pünktlich verrichten, keinen Anlaß zu berechtigten Klagen geben, aber bei ungerechten Schikanierungen, Zurücksetzungen und dergleichen alle Instanzen unerschrocken durchgehen und die Organisation zu Rate ziehen.

Die Gesetzgebung könnte für unseren Beruf vielerlei einschneidende Änderungen schaffen, zum Segen des Pflege- und Wadepersonals nicht nur, sondern auch zum Segen der Kranken. Aber sehen wir nicht gar so große Hoffnungen darauf. Wir sehen jetzt wieder einmal, wie das auch so zahme Stellenvermittlergesetz durch Erhöhung der Gebührensätze zu unseren Ungunsten verschlechtert werden soll. Da haben wir alle Veranlassung, skeptisch zu sein und mehr auf die wachsende eigene Kraft der Selbsthilfe denn auf staatliche Hilfe zu rechnen. Gewiß wird unsere Organisation alle Anstrengungen machen, um der Gesetzgebung abzurufen, was irgend möglich. Aber es wäre ein törichter Wahn, wollten wir warten, bis die Lage des Heil- und Pflegepersonals von Gesetzeswegen durchgreifend verbessert wird. Denn manches Jahr mag wohl vergehen, ehe unsere Forderungen an die Gesetzgebung anerkannt werden.

Deshalb fordern wir im neuen Jahr alle Mitkämpfer auf, es den rührigen Kollegen Berlins und anderer wachsender Sektionsorte gleich zu tun und stetig und eifrig für Ausbreitung unserer Organisation zu sorgen. Die „Sanitätswarte“ wird auch im neuen Jahr in gewohnter Schärfe als Waffe im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Verfügung stehen. Trotz Jeter und Mordio wird sie unsere Feinde kennzeichnen, wird Unzulässigkeit, Schikanierung und Mißbilligung an den Pranger stellen und dem Indifferenzismus und der stieren Gleichgültigkeit ein Feuer anzünden. Wohlan, die Ziele liegen klar zu Tage. Wer kämpft auch im neuen Jahr mit uns in den vordersten Reihen?

Miserable Anstaltskost in Wublgarten.

Ständigen Anlaß zur Klage bietet wieder die Anstaltskost. Was ist darüber nicht schon Langes und Breites gesprochen und geschrieben worden, aber die Herren der Oekonomie sind unübertriefflich in der Erfindung neuer Kochrezepte. Seit geraumer Zeit bildeten Eier den Brennpunkt, um den sich der ganze Küchenzettel diente. Eier zum Frühstück, nächsten Tag Eier zum Abendbrot, und wieder mal Eier zum Mittag, alles in schönster Reihenfolge — und was für Eier?! Böhmisches Kalkeier vom vorigen Jahre, deren Inhalt schon halb vom Kalk aufgezehrt war. Dieselben verarbeiteten dabei einen solch intensiven Geruch, daß jeder, dessen Niechorgan noch einigermaßen intakt war, ihnen schleunigst die Kehre zeigte. Einzig war das Mittagessen in seiner Zusammenstellung: steinharte kintende Eier, unschmackhafte Kartoffeln und eine undefinierbare Mostrichsauc, alles natürlich kalt. Ein solches Essen muß man gesehen und gekostet haben, um es beurteilen zu können. Als nun das Personal vor kurzer Zeit zur Selbsthilfe schritt und eines Mittags die Eier zurücktrug, ohne Ersatz zu beanspruchen, äußerte der Herr Direktor Sebold, daß es nicht schön wäre, in dieser Weise seine Unzufriedenheit kundzutun. Wenn ihn das Personal höflich gebeten hätte, würde er schon längst anderes Essen bestellt haben. Heiliger Brahma! Als ob nicht jeder, der sich jemals zu einem solchen Wagnis vertriegen, ganz umgehend eine Aktienbereicherung in Gestalt eines Verweises erhalten hätte! Zum mindesten wäre er um eine gepfeiferte Belohnung bereichert worden. Glücklich derjenige, dem in solchem Falle nichts Besseres widerfährt; denn jeder, der hier wider den Stachel zu lösen versucht, wird umgehend ganz „höflich wohlwollend“ aufs Plauer gesetzt.

In dieser Beziehung hat Herr Direktor Sebold, und namentlich in letzter Zeit, schon ganz Erhebliches geleistet. Selbst Aerzten und Oberärzten, die auf Vortreibung des Personals bei dem Herrn Direktor ihr sachverständiges Urteil zugunsten der Angestellten abgaben, hat dieser Herr in traffer Weise seine gegenständige Ansicht ins Gesicht geschleudert und sich jede Einmischung verboten, und dies in Gegenwart des beschwerdebeführenden Personals und der hochachtbaren Herren der Oekonomie, denen die Verhinderung. Er nach diesen Vorkommnissen die Medebendung, daß jeder höflichen Bitte die sofortige Abhilfe gefolgt wäre, nicht nur eine Phrase, Dohn und Ironie oder noch etwas anderes bedeutet, überlassen wir dem Urteil der Leser der „Sanitätswarte“.

Zur Erläuterung mag noch folgendes dienen: Am Sonnabend, den 23. Dezember 1911, gab es zum Mittagstisch Schweinefleisch, das bereits im Stadium des Verwesungsprozesses stand und diesen seinen Zustand durch den üblen Geruch schon recht zeitig bemerkbar machte. Zum Teil wanderte es in die Tranktonne, zum Teil wurde es zurückgetragen. Das Bemerkenswerte hieran ist nun die Tatsache, daß die Oberköchin am Morgen desselben Tages den Herrn Direktor auf den Zustand des Fleisches aufmerksam gemacht und gefragt hat, ob sie das Fleisch trotzdem noch kochen solle. Die prompte Antwort war: „Kochen Sie es ruhig und lassen Sie es den Leuten vorstellen. Sollte das Personal es zurück bringen, so können Sie als Ersatz Speck verabsorgen.“ Vorstehendes kennzeichnet diesen „Menschenfreund“ wohl zur Genüge. Wir sind einzig in der Meinung, daß ein Mensch, der bewußt in solcher Weise mit der Gesundheit seiner Mitmenschen spielt, seines Amtes sich nicht voll bewußt ist als verantwortlicher Leiter eines großen Instituts, das der Gesundheit und der Wohlfahrt der Menschheit dient. Die Maßnahmen dieses Herrn machen den Zweck einer solchen Anstalt vollkommen illusorisch; denn selbstverständlich erhalten die Kranken dieselbe und noch schlechteres Essen, und der Bescheidweg ist ihnen noch mehr abgeschnitten.

Man soll aber niemand annehmen, daß in dieser Anstalt nur das graue Elend wohnt; nein, des öfteren kann man auch etwas anderes beobachten. Als vor kurzer Zeit die Herren der Bauinspektion der heiligen Anstalt einen Besuch abstatuerten, hat man diese Herren kaum in einem anderen Hause als dem Wirtschaftsgebäude gesehen. Dieses aber, und hier wiederum das Arbeitszimmer des Herrn „Oekonomieinspektors“ wurde in Gegenwart aller übrigen „Inspektoren“ einer am so gründlicheren Untersuchung unterzogen. Als Messinstrumente dienten eine entsprechende Anzahl Wein- und Vitriolflaschen, von denen ergiebiger Gebrauch gemacht wurde. Es war wirklich notwendig, daß in Anbetracht der mitregenden Tätigkeit die Beteiligten ein solches Maßband zu sich nahmen; denn der „Gutsgewaltige“ sang schon fortwährend infolge gänzlicher Auflösung seiner päpstlichen Kräfte das tragische Lied „von der verlorenen Kuff“. Man will aus

dem Innern des Raumes auch die Forderung vernommen haben, daß zu solch einer wichtigen Angelegenheit auch weibliche Sachverständige zugelassen werden müßten (es war wohl ein Schrei nach Gleichberechtigung der Frau); aber man ist bescheiden und begnügt sich auch so. Nach Schluß der Angelegenheit sollen zwar die Gebäude vor den Augen einiger der Beteiligten bedenklich schief gestanden haben. Das Resultat der Untersuchung beruhigt uns aber vollständig; es lautet noch immer wie ehemals: „Alles in bester Ordnung!“

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Im September 1911 unterbreiteten die organisierten Kollegen der Heilstätten dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt eine Eingabe auf Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit usw. Die Eingabe wurde auf Verjammlungsbeschuß durch die Vertreter der beteiligten Verbände unterzeichnet. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt lehnte es jedoch „grundätzlich“ ab, mit den Organisationsvertretern zu verhandeln. Infolgedessen sammelten die Angestellten Unterschriften, mittelst deren der Nachweis geführt werden sollte, daß sie hinter diesen Anträgen stehen. Es wurden dann die Listen mit 273 Unterschriften an den Vorstand der Landesversicherungsanstalt eingekandt, woraus dieser ersehen konnte, daß zirka 85 Proz. des Personals mit den Anträgen einverstanden waren. Trotzdem hielt es der V. d. L.-V. bis zur Stunde noch nicht für nötig, der unterzeichneten Kommission Nachricht zu geben über den Verbleib der Eingabe. So viel wir wissen, ist Dr. Freund Reichstagskandidat im Sauch-Bezirk Wahlkreis (wojelbit sich auch unsere Anstalt befindet). Man muß so manches Mühenwerte von dem Kandidaten durch dessen Propagandisten hören. Woblan, hier wäre Gelegenheit, sein gutes Herz zu zeigen! Oder prüft sich vielleicht die Verwaltung auf die leider noch immer vorhandene Harmoniebuschlei eines Teiles der Angestellten? Wenn ja, dann könnte doch leicht eine bittere Täuschung eintreten, denn auch dem Einfältigsten werden eines schönen Tages die Augen geöffnet. Allen denjenigen, die heute noch allzu sehr von solchem Geist durchdrungen sind, möchten wir folgende Worte ans Herz legen:

Man hört so oft die Leute klagen
Vom Hochmut, den der Große übt.
Der Großen Hochmut wird sich legen,
Wenn Eure Arickerei sich gibt!

Berlin. Die „Deutschen Nachrichten“ schreiben: „Am Eingang der Mönial. Charité sieht man einen Mann in Uniform sich freudig hin und her bewegen; es ist ein unterer Beamter, der „Förtnner“. Er müstert die durchgehenden Leute, weiß Frage zurecht, öffnet nach Bedarf den Torweg für Fahrweert und wirft ab und zu den Blick in ein benimmtes Fenster. Obwohl seine verdorrten Gesichtszüge Arger, Mißmut und Unzufriedenheit ausdrücken, lasse ich den Mut, ihn anzureden. Erst begegne ich kühler Zurückhaltung, wenn nicht gar offenbarem Mißtrauen. Wie? Jemand, der dies Haus verläßt, könnte sich noch nach seinem, des Förtnners, Gesicht erkundigen? Dann aber sieht der raube Mann nach der Uhr: Noch wenige Minuten, und ich habe es heute wieder geschafft, dann will ich ihnen Red' und Antwort stehen; erst muß ich den Dienst beendigen! An der kurzen Ausdrucksweise erkannte ich den früheren Soldaten. Nach einem Viertelstündchen trat er aus dem Tor und begann nun zu erzählen. Das war eine lange Leidensgeschichte. Erst war er glücklich gewesen, daß er diese Förtnnerstelle bei der Charité überhaupt erhalten hatte, denn es gab ja so viele Militärämter und so wenige Stellen. Eigentlich hatte er nach seiner langen Dienstzeit eine bessere Stellung erwartet, schließlich aber war er froh gewesen, hier unterzukommen. Wie überall bei den unteren Beamten gibt es auch hier wenig Einkommen und viel Dienst. Manchmal mag man wohl etwas kurz und unwillig antworten, wenn aber jedermann wüßte, was alles von uns Förtnnern verlangt wird, dann würde er uns sicher entschuldigen, vielleicht sogar Mitleid mit uns haben. Mehrere Tage hintereinander gibt es Nachtdienst, vollen Nachtdienst, während dessen ein Schlaf nicht zu denken ist. Trotzdem muß derjenige, der morgens aus dem Nachtdienst kommt und abends wieder neu zum Nachtdienst antritt, auch noch über Mittag vertreten, damit der Beamte, der während des Tages Dienst tut, zum Essen gehen kann. Als ich bezweifelte, daß bei einem Institut, das doch wohl von ärztlichen Autoritäten geleitet wird, mehrmaliger Nachtdienst hintereinander, dazwischen aber auch noch Tagesdienst, möglich sei, war der Förtnner ganz verwundert, denn er kannte es nicht anders. Sein täglicher Dienst dauert 11 bis 14 Stunden ohne Ausruhen auf Sonn- oder Feiertage. Vertritt er aus Kameradschaft noch einmal einen Kollegen, der zu einem bestimmten Zweck an einem bestimmten Sonntag frei sein möchte, so kann es vorkommen, daß der Förtnner ein Vierteljahr und noch länger seinen freien Sonntag hat. Mein Gewährsmann tröstete sich damit, daß es mitunter sogar den Förtnnern in den Ministerien nicht besser gehen

zoll. Ein Pförtner hat eben immer Dienst, und für seine Vertretung muß er selbst sorgen. Schließlich ist das ja auch das Los aller unteren Beamten. Sehen Sie, sagte mein Nachbar, der Briefträger muß auch am Sonntag die Briefe beistellen, der Eisenbahnschaffner muß auch am Feiertag fahren, aber sie sollen durch Ruhe- tage ersichtlich werden. Auf dem Papier mag das auch alles vorgezeichnet sein, damit es stimmt, wenn einmal nachgeprüft wird in Wirklichkeit aber geht es uns unteren Beamten gleichmäßig schlecht; viel Dienst bei Tag und Nacht, wenig Einkommen, kein Urlaub. Wollte man unsere Lage verbessern, so wären überall viel mehr Kräfte erforderlich. Und die sollten Geld. Geld aber ist nicht da — am wenigsten für uns. — Wenn die Pförtner nur nicht gar so ängstlich wären und sich in unserem Verbandsorganisierten, würde ihnen wohl zu helfen sein!

Rixdorf. Eine gut besuchte Versammlung des Krankenhauspersonals tagte kürzlich. Kollege Kerner referierte über „Die Volkskrankheit Tuberkulose“. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten mehrfach, besonders aber durch den Kollegen **Frenzl** ergänzt. Unter „Anstaltsangelegenheiten“ kamen verschiedene Fragen zur Sprache. So ist den Wärterinnen der Nachtwache der Mafice entzogen worden, angeblich, weil davon zuviel verbraucht wurde. Die Hausdiener führten Klage, daß ihnen weder Zeit noch Räume zur Verfügung stehen, wo sie das Mittagessen einnehmen können. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, bei der Direktion um Abhilfe der Leberstunden zu dringen. Mehrere Anträge für den Verband waren der agitatorische Erfolg der Versammlung.

Aus der Praxis.

Gelenkverpflanzungen. Wenige Gebiete der Chirurgie haben in der letzten Zeit so verheißungsvolle Fortschritte zu verzeichnen gehabt, wie das der plastischen Operationen. Jetzt geht man sogar dazu über, neue Gelenke zu bilden und zwar auf dem einfachen Wege, indem man dieselben Leichen entnimmt und in den lebenden Körper verpflanzt. Derartige Operationen hat Professor **Mittner** in Breslau mit gutem Erfolge ausgeführt. In einem Falle wurde einem Manne wegen einer Geschwulst das obere Drittel des Oberschenkelknochens entfernt. Unmittelbar danach wurde ein genau entsprechender Knochen im Gelenkteil eingepflanzt, der 11 Stunden nach dem Tode eines an Gehirngeschwulst verstorbenen, im übrigen gesunden Mannes, entnommen worden war. Die Verbindung mit dem Oberschenkel erfolgte durch einen Eisenbeinleit. Die Einheilung erfolgte trotz der langen, seit dem Tode des Spenders verstrichenen Zeit, ohne jede Störung. Das Hüftgelenk wurde beweglich und der Patient konnte gut mit einhergehen. Allerdings wurde erst sieben Monate nach der Operation mit Bewegungen begonnen. Röntgenbilder zeigten die normale Beschaffenheit des eingepflanzten Knochens, dessen Struktur vollständig erhalten war. Das eingepflanzte Stück, das sich von dem benachbarten körpereigenen Knochen durch eine etwas helle Farbe abhob, maß 17 Zentimeter. Es zeigte nirgends eine Spur von Aufzuggangsvorgängen. Die Anorpelgröße war fast, durchweg glatt, nur an einzelnen Randpartien etwas rau.

Das Suprarenin bei Halskrankheiten. Stabsarzt Dr. **Hölscher** hat in der Berliner laryngologischen Gesellschaft über einen Fall von außergewöhnlich großem Jungenskrebs berichtet, der erfolgreich mit Suprarenineinspritzungen behandelt wurde. Der Patient erkrankte an Schluckbeschwerden, Heiserkeit, Atemnot und Trübschwellungen am Hals. Wegen Zunahme der Beschwerden mußte der Luftströmungsschnitt gemacht werden, außerdem wurden die Halsdrüsen entfernt. Da bei dem herantretenden Zustand des Patienten eine große Operation aussichtslos erschien, wurden zunächst Adrenalineinspritzungen gemacht, worauf eine erhebliche Besserung des Allgemeinbefindens eintrat und sich von dem Geschwulst fast täglich bis hüftmarkgroße abgehobene Stücke abließen. Als infolge Mangelhaftigkeit der Einspritzungen später wieder ein erhebliches Wachstum der Geschwulst eintrat, wurden die Einspritzungen mit Suprarenin begonnen. Bald wiesen sich größere und kleinere orangefarbene Stücke von der Geschwulst ab. Infolge Verklemmung der Geschwulst wurde die Stimme fast ganz klar, die Atmung frei und das Schlucken unbehindert. Außer der Suprareninbehandlung wurden Stücke der Geschwulst mit der elektrischen Schlinge abgetragen. Der Patient sah nach dieser nur verhältnismäßig aus und nahm 13 Pfund an Gewicht zu. Bei der verhältnismäßig geringen Anzahl von Fällen, die bisher mit Suprarenineinspritzungen behandelt wurden, läßt sich noch kein abschließendes Urteil über den Wert des Verfahrens abgeben. Nach dem günstigen Erfolge, der bisher bei diesem Fall erzielt worden ist, glaubt Dr. **Hölscher**, weitere Versuche empfehlen zu können.

Elektrizität statt Chloroform. Seit 1906 hat Dr. **Luise Rabinowitsch** alle Tiere, die zu Untersuchungs Zwecken benützt wurden, auf elektrischem Wege betäubt. Ein zuerst angewendeter Apparat hatte die unangenehme Nachwirkung, Muskelzittern und Starre

bei den Tieren hervorgerufen. Der von Dr. **Rabinowitsch** verbesserte Apparat bewirkt, daß die Tiere während der ganzen Betäubung sich in ruhiger Lage verhalten. Der Stromkreis wird bei 0 Volt geschlossen und dann allmählich gesteigert. Ein Hund kann mit 5-10 Volt betäubt werden, unter Anwendung von 1,5 bis 2 MA. Der Widerstand eines Hundes ist zwischen 300 und 500 Ohm, je nach dem Tiere und der Größe der Elektroden. Bei Beginn des Stromeintritts ist das Tier unruhig und versucht bei Steigerung des Stromes, sich zu befreien. Das Tier fällt dann auf die Seite und ist ruhig. Die neue Methode ist sowohl für die Wissenschaft, wie im Hinblick auf die möglichst humane Behandlung der Tiere bei den Tierversuchen von großer Bedeutung. Aber auch die Heilkunde kann sich die Elektrizität zu Karlofzwecken zunutze machen. Nach den Erfahrungen am Tier kann die elektrische Anästhetie auch beim Menschen als Ersatz für Äther und Chloroform empfohlen werden. Man wird dazu 27 bis 40 Volt brauchen; nicht am Platze ist, die Elektrizität bei hohem Alter, Epilepsie, Nervenverfaltung und Neigung zu Schlaganfall. Bestimmte Gefühlslosigkeit wurde von Dr. **Rabinowitsch** am eigenen Tierarm angewandt. Es wurden dazu 15 Volt gebraucht. Die Schmerzempfindung war nicht völlig aufgehoben, aber sehr stark herabgesetzt.

Ruhekuren für Herzranke. Der Einfluß passiver Bewegungen auf den Blutkreislauf bei gesunden Menschen, über den bisher nichts Abschließendes bekannt war, wurde in der medizinischen Klinik der Universität Tübingen von **Reiel** und **Jahn** mittels eines Apparates studiert, der aus einem fahrbaren Gestell und einem auf der Grundplatte angebrachten Elektromotor besteht. Der Elektromotor bewirkt eine alternierende Bewegung zweier Pendelarme, auf welchen die Beine des liegenden Kranken befestigt sind. Die Beine führen auf diese Weise passive Geh- und Steigbewegungen aus. Die passiven rhythmischen Bewegungen der Beine rufen, wie aus dem Bericht in der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ hervorgeht, eine Aenderung der Blutverteilung hervor: Die Beine werden vermehrt durchblutet. Die Arterien werden kompensatorisch enger. Der Blutstrom in ihnen wird rascher, weil das Schlagvolumen des Herzens größer wird. Da die Herzbeschleunigung, mit der die meisten Menschen auf lebhaftere aktive Bewegungen reagieren, fehlt, wird der Kreislauf durch solche passiven Bewegungen in sehr milder Weise beeinflusst. Daher ist dieses Verfahren besonders bei leichteren und mittleren Graden von Herzinsuffizienz geeignet, um in denkbar vorzichtiger Weise das Herz eine minimale Mehrleistung verrichten zu lassen. Da der Apparat bequem an das Bett des Kranken herangebracht werden kann, ist er auch für bettlägerige Kranke verwendbar.

Gerichts-Zeitung.

Die Beamteneigenschaft des Krankenwärters. Vom Landgericht **Damburg** ist am 5. Mai 1911 der frühere Krankenwärter **Richard Nitz** wegen Verbrechens im Amte zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hat einen Gefängnisstrafen, der in der Anstalt **Friedrichsberg** zur Beobachtung seines Geisteszustandes untergebracht war, entweichen lassen. Nitz war Wärter in der Anstalt und hatte den Kranken, einen Kaufmann **E.**, zugeweiht erhalten. Durch Geldversprechungen ließ der Angeklagte sich bestimmen, eines Abends die Tür offen zu lassen, so daß **E.** entkommen konnte. Das Gericht hat den Angeklagten als Beamten angesehen. Es hat seine Tat milde beurteilt, weil er geistig minderwertig sei und mehr aus Gutmütigkeit gehandelt habe, als aus Gewinnsucht. In seiner Revision betritt der Angeklagte die Beamteneigenschaft; mindestens er sich nicht bewußt geworden, ein Beamter zu sein. Er sei nicht als Gefangenewart, sondern als Krankenwärter angestellt gewesen. Der Reichsanwalt trat der Revision im wesentlichen bei. Es sei möglich, daß sich der Angeklagte bezüglich seiner Stellung in einem Irrtum befinden habe. Namentlich sei aber in keinem Gesetze die Bestimmung zu finden, daß Krankenwärter Beamteneigenschaft haben. Nur den Coerwärtner sei in einzelnen Landesgesetzen diese Eigenschaft ausdrücklich zuerkannt. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Rundschau.

Die Erhöhung der Gebühren für Stellenvermittler findet, nachdem die Stellenvermittler in Berlin anscheinend mit gutem Willen ihren Vorschlag unternommen haben, auch in den um Berlin herum liegenden Großstädten bei den zuständigen Ortspolizeibehörden eine wohlwollende Berücksichtigung. So fand in den letzten Tagen für **Schöneberg** und **Wilmersdorf** eine gleiche Zusammenkunft als in Berlin statt. Auch hier waren es natürlich die Stellenvermittler, die ständig die unzureichenden Ge-

bühren als ein ihren Gewerbebetrieb vernichtendes Moment bezeichnet und die vom Polizeipräsidenten analog den Sähen in Berlin vorgeschlagene Erhöhung als vollständig gerechtfertigt erklärten. Die Vertreter der Arbeitnehmer, darunter auch unser Verband (eine größere Anzahl eingeladener Verbände hatte der Verband keine Folge geleistet), versuchte unter Unterstützung eines Schöneberger Magistratssekretärs sowie der Arbeitgeber, die Forderung der Stellenvermittler auf das richtige Maß zurückzuführen. Inwieweit sich das Polizeipräsidium bei seinen Erwägungen hier von Seiten ließ, ist gegenwärtig schwer zu sagen. Des einen Eindrucks konnten wir uns nicht erwehren, daß es der Ortspolizeibehörde in außerordentlicher Weise darum zu tun ist, den Stellenvermittlern zur Seite zu treten, hingegen den Interessen der Arbeitnehmer nicht die genügende Berücksichtigung entgegenbringt, als es gerade hierbei am Platze wäre.

Einem „längst gefühlten Bedürfnis“ abzuhelfen, hat sich in Dresden dieser Tage ein „Bund für das ärztliche Hilfspersonal im Königreich Sachsen“ gebildet. Selbstverständlich auf streng „nationaler“ Grundlage. Wie könnte es auch heute anders sein, wo die berühmte „nationale“ Grundlage zu einem Schlagwort geworden ist? Diese neue Vereinigung beabsichtigt die Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Krankenpflegepersonals und will ihre Ziele in geräuschloser Weise (!), aber mit Nachdruck bei den Einzelpersonen, Anstaltsleitungen und Behörden zur Durchführung bringen. Um das zu erreichen, will der Bund an alle Ärzte des Landes herantreten und um Förderung seiner Interessen ersuchen. — Uns erscheint das recht naiv. Wann endlich wird das Krankenpflegepersonal von der unheilvollen Zersplitterung in Tausende von Vereinen und Bündchen abkommen und sich zu einer einzigen und deshalb leistungsfähigen zentralen Organisation zusammenschließen?

Bei den Delegiertenwahlen für die Betriebskrankenkasse der Stadt Berlin kam es in der Abteilung „Krankenanstalten“ zu einem Wahlkampf mit einer Reihe unorganisierten Ökern. Unter Führung eines als Denunzianten bekannten Herrn Glöbert aus dem Krankenhaus Friedrichshain verjuchten sie zuerst, in der vorbereitenden Versammlung gegen die von der Organisation aufgestellten Kandidaten Sturm zu laufen. Die dem erfolglosen Bemühen folgte der Versuch, die von diesen Herren aufgestellte Kandidatenliste mit allen nur möglichen Mitteln der Wahlbeeinflussung und des Terrorismus durchzubringen. Bei der Auffstellung ihrer Kandidatenliste gestatteten sich die Leute die Freibeit, Verbandskollegen usw. aufzustellen, ohne vorher anzufragen, ob dieselben auch gewillt wären, sich von ihnen aufstellen zu lassen. Die Betreffenden sind mit Recht empört gewesen, daß mit ihren Namen derartige Mißbrauch getrieben wurde. Alle Anstrengungen dieser Leute, zu der sich im trauten Verein auch ein Teil des Aufsichtspersonals vom Rixdow-Krankenhaus gesellte, waren erfolglos. Trotz der schimpflichsten Mittel, die hier und da angewendet wurden, erhielt die gelbe Liste 180 Stimmen, während für die Verbandskandidaten 568 Stimmen abgegeben wurden.

Ueber eine wichtige Verordnung für Heilgehilfen und Masseure meldet der „Lokalanzeiger“: Der preussische Minister des Innern hat soeben eine Verfügung an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten in Berlin erlassen, durch welche die staatlichen Prüfungen für Heilgehilfen und Masseure aufgehoben werden. Maßgebend für diese Verordnung ist die Erfindung, daß nach Einführung der staatlichen Prüfung für Krankenpflegepersonen ein wesentlicher Teil der Hilfskräfte, die auf Heilgehilfen und Masseure entfallen sollte, bereits von den reichlich vorhandenen staatlich anerkannten Krankenpflegepersonen ausgeht wird. Es werden also in Zukunft seitens der Kreisärzte keine staatlichen Zeugnisse für Heilgehilfen und Masseure mehr ausgestellt werden. — Wir brachten kürzlich noch, auf besonderen Wunsch des Herrn Oberlaborsarztes Dr. Hüttig, dessen neu angekindigten Marius, der nun anscheinend dadurch hinfällig wird. Sobald uns nähere Mitteilung zugegangen sein wird, werden wir auf die etwas pöbellich herausgekommenen Neuordnung der Dinge näher eingehen.

Der Palast des Radiums. Eine Hauptschönheitswürdigkeit von Paris wird der Palast des Radiums bilden, den der Architekt der Sorbonne und des Chemischen Instituts, Renot, für Frau Curie erbaut. In diesem Hause werden die Räumlichkeiten im Innern der Räume mit dicken Bleiplatten belegt werden. Blei ist nämlich völlig unempfindlich für die Strahlungen des Radiums. Die Fundamente des Gebäudes müssen besonders fest und stabil sein, weil sie das doppelte Gewicht der Radiumsteine und der Bleiplatten zu tragen haben.

Das Radium und der Mensch. Im Radiologischen Institut der Universität Heidelberg untersuchte der Privatdozent der Physik Dr. C. Kaufmayer gemeinschaftlich mit Dr. med. A. Csan

das Verhalten der einzelnen Organe gegenüber eingespritzten Radiumpräparaten. Wegen ihrer großen Aktivität wählten die Forscher die Präparate der Radiumgesellschaft Richard Keil. Die Organe zeigten, wie in der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ berichtet wird, eine deutliche Verschiedenheit in ihrem Verhalten zu den einverleibten Präparaten. Die größte Aktivität läßt sich in der Leber nachweisen; es folgen sodann Gehirn, Niere, Lunge, Herz, während die Untersuchung der Milz keinen nennenswerten Befund ergibt. Praktisch wichtig ist das Resultat, daß bei Einverleibung der sehr starken Präparate mit einer nennenswerten, eventuell gefährlichen Anhäufung von Radium in irgendeinem Organ auch bei beliebig langer Dauer der Einwirkung nicht gerechnet zu werden braucht.

Tuberkulosebekämpfung in London. Mit einem neuen Beschluß der Londoner Stadtverwaltung tritt in England der Kampf gegen die Tuberkulose in ein neues Stadium: die Stadtbehörden haben beschlossen, bereits in nächster Zeit die Tuberkulose zu einer meldepflichtigen Krankheit zu erklären, so daß künftig sowohl die Ärzte als auch die Angehörigen von Schwindsuchtstranken verpflichtet sind, jeden Fall von Tuberkulose der Gesundheitsbehörde anzuzeigen. Der ärztliche Sachverständige der Stadtverwaltung hat (Oktober 1911) einen Bericht erscheinen lassen, der die Ziele und die günstigen Folgen einer Einführung der Meldepflicht für Tuberkulose beleuchtet. Durch die Anmeldung der Krankheit wird es möglich, für eine wirklich sachgemäße Pflege des Patienten zu sorgen, die Behörden haben alle Mittel und Wege zur Verfügung, um die großen Wohltätigkeitsanstalten und die zahlreichen Stiftungen zur Unterstützung Kranker heranzuziehen, so daß vor allem den minderbemittelten Patienten nicht nur ärztliche Hilfe, sondern auch die Mittel zu einer sachgemäßen Pflege zugänglich gemacht werden können. Man wird dadurch imstande sein, im Anfangsstadium das Leiden zu bekämpfen, und man wird in vorgefertigten Fällen dafür Sorge tragen können, daß die Angehörigen nicht angesteckt werden. Der amtliche Bericht schließt mit einem Ueberblick über die bisherigen Erfolge des Kampfes gegen die Tuberkulose in England. In den letzten 10 Jahren ist es gelungen, die Sterblichkeitsziffer der Schwindsuchtstranken in London um nicht weniger als 33 Prozent, und in ganz England um 14 Prozent zu mindern. Im Jahre 1909 wurden in London 35 639 Todesfälle gezählt, während nach dem Verhältnis der Sterblichkeitsziffer des Jahres 1880 die Zahl der Opfer nicht weniger als 78 308 Tote betragen haben würde.

Morbidity und Mortalität in den städtischen Heilanstalten. Dem kürzlich erschienenen Bericht hierüber auf das Jahr 1910 ist folgendes zu entnehmen: Im Jahre 1910 wurden von 150 (148) öffentlichen Krankenhäusern Ueberführten bei der zuständigen Staatsbehörde eingereicht; es kamen zu den bisher berücksichtigten noch das Krankenhaus der Landgemeinde Deuben und das Krüppelheim in Zwickau hinzu. In diesen 150 Anstalten standen 11 707 (11 394) Betten. Die Zahl der Verpflegten betrug 83 260 (78 728), und zwar 49 609 (47 448) männliche und 33 660 (31 280) weibliche, worunter sich ein Zugang von 45 135 (43 083) Männern und 30 462 (28 240) Frauen befand. Für diese Kranken waren insgesamt 2 947 480 (2 829 678) Verpflegstage erforderlich, und insgesamt 1 662 026 (1 628 673) für männliche und 1 285 454 (1 201 005) für weibliche Personen, woraus sich eine mittlere Verpflegzeit von 35,4 (35,9) Tagen oder von 33,5 (34,4) für Männer und 38,2 (38,4) für Frauen ergibt. Die mittlere Verlegzeit für je ein Bett stellte sich auf 252 (248) Tage, der durchschnittliche Tagesbestand auf 8075 (7752) Kranke; unter Berücksichtigung einiger Vorjahre verteilte er sich auf die einzelnen Kreishauptmannschaften wie folgt:

	Bayern	Chemnitz	Dresden	Leipzig	Zwickau
1910	384	1152	3103	2115	1321
1909	379	1132	3040	2064	1137
1908	367	1107	3091	1880	1036

In den 83 Privatkrankenhäusern, die Ueberführten eingeschickt hatten, waren 3247 (3139) Betten aufgestellt. In diesen Anstalten wurden 13 812 (12 531) männliche und 15 634 (14 533) weibliche, zusammen 29 446 (27 064) Kranke verpflegt. Hierzu waren 734 737 (671 017) Verpflegstage erforderlich, darunter 340 995 (314 751) für Männer und 393 742 (359 266) für Frauen. Hiernach ergab sich in den Privatkrankenhäusern eine mittlere Verpflegzeit für jeden Kranken von 25,0 Tagen (24,9), und zwar 21,7 (25,1) für männliche und 25,2 (24,7) für weibliche. In den öffentlichen Krankenhäusern starben im Jahre 1910 von allen Verpflegten zusammen 7113 (7271) Personen oder 8,54 Proz. (9,24 Proz.), und zwar 3695 (4098) männliche und 3418 (3176) weibliche, das ist 7,15 Proz. (8,64 Proz.) bez. 10,15 Proz. (10,15 Proz.). In den Privatkrankenhäusern starben von allen Verpflegten 369 (370), darunter 183 (185) Männer und 186 (185) Frauen; woraus sich für beide Geschlechter eine Sterblichkeit von zusammen 1,25 Proz. (1,37 Proz.) ergibt.